



DSB-Vertreter aktiv gegen EU-Waffenrechtsverschärfung

21.06.2016 – Nicht erst seit dem Beschluss der EU-Justiz- und Innenminister am vergangenen Freitag – wir berichteten – beunruhigt die geplante Änderung der EU-Waffenrechtsrichtlinie Sportschützen, Jäger und Waffensammler in ganz Europa. Auf dem Rücken von legalen, gesetzestreuen und regelmäßig staatlich kontrollierten Waffenbesitzern wird der Kampf gegen Terrorismus und illegale Waffenkriminalität ausgetragen. Der Deutsche Schützenbund verwahrt sich strikt dagegen, dass seine Sportschützen bei der Bekämpfung der Waffenkriminalität in einen Topf mit Terroristen und Kriminellen geworfen werden.

Dazu ist der Deutsche Schützenbund, vertreten durch seinen Vizepräsidenten Recht Jürgen Kohlheim, nicht „nur“ in Berlin und Brüssel aktiv, um an Sitzungen und Gesprächen mit den verantwortlichen Parlamentariern sowie politischen Meinungsbildnern teilzunehmen und die Zusammenarbeit mit weiteren betroffenen nationalen und internationalen Verbänden und Interessenvertretungen weiter zu intensivieren.

Auch auf der außerordentlich wichtigen und einflussreichen Ebene der „Regionen“ wird Aufklärungsarbeit bei den politisch Verantwortlichen betrieben. So führte beispielsweise der 1. DSB-Vizepräsident Wolfgang Kink, zugleich 1. Landesschützenmeister des Bayerischen Sportschützenbundes, in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Gespräche, unter anderem mit EU-Abgeordneten von CSU, SPD und Freien Wählern.

1. Vizepräsident Kink dazu: „Wir haben mit unserer Informationskampagne schon einiges erreicht, darauf ausruhen dürfen wir uns aber beileibe nicht. Deshalb bitte ich alle Vertreter der Landesverbände, Bezirke, Gaue und Kreise im Deutschen Schützenbund, die EU-Abgeordneten aller Parteien in ihren Wahlkreisen anzusprechen und auf die Gefahren einer geplanten Verschärfung der EU-Waffenrechtsrichtlinie hinzuweisen.“

Der Deutsche Schützenbund wird sich weiterhin gemeinsam mit seinen Partnern auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Sportschützen in Europa von übertriebenen und rechtlich zweifelhaften Maßnahmen verschont bleiben, die die Ausübung ihres Sports erschweren oder sogar unmöglich machen.

Gleichzeitig wird dazu aufgerufen, diese Informationskampagne auch auf regionaler Ebene im gesamten Bundesgebiet zu unterstützen, um über die weitreichenden negativen Konsequenzen zu informieren, die die Änderung der EU-Waffenrechtsrichtlinie in der vorliegenden Form hätte – von den zusätzlichen Belastungen für gesetzestreue Legalwaffenbesitzer, der Schädigung des Ehrenamtes bis hin zum Verbot sämtlicher halbautomatischer Waffen, mit denen auch Olympische Disziplinen geschossen werden – und das alles, ohne dabei die Innere Sicherheit tatsächlich zu erhöhen.

Gerade in der aktuellen Lage gilt einmal mehr das seit dem Deutschen Schütztag in Göttingen 2005 niedergeschriebene DSB-Motto: „Gemeinsam sind wir stark!“